

Attac-Position zu G20

Global gerecht statt G20

Am 7./8. Juli 2017 versammeln sich die Staatsoberhäupter und Regierungschef_innen der G20 in Hamburg zum jährlichen Gipfeltreffen. Schon am 17./18. März treffen sich die G20-Finanzminister in Baden-Baden.

Die Gruppe der G20 ist ein informeller Club der 20 bedeutendsten Industrie- und Schwellenländer. Das erste Gipfeltreffen fand 2008 als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise statt. Abwechselnd übernehmen die Mitgliedsstaaten für ein Jahr die G20-Präsidentschaft, seit Dezember 2016 Deutschland.

Die G20-Staaten unterscheiden sich zwar in ihren politischen Systemen, auch vertreten sie unterschiedliche Strategien bei der wirtschaftlichen Regulierung und ihrer Einbindung in den Weltmarkt. Gemeinsam stehen sie jedoch für eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz ausgerichtet ist und globale Konzerne, große Vermögensbesitzer und Finanzmärkte begünstigt. Die globalen Folgen dieser Politik sind steigende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung.

Die Welt ist aus den Fugen. Wer sie ändern will, braucht andere Grundeinstellungen für eine neue Politik.

In den letzten Jahren haben sich vielfältige Bewegungen für eine solidarische Gesellschaft entwickelt: Gegen "Freihandelsabkommen", bei „Wir haben es satt“, in der Friedens-, der Willkommensbewegung, gegen Pegida, AfD und andere Nazis, bei „Recht auf Stadt“ oder für Klimagerechtigkeit.

Gemeinsam wollen wir zum G20-Gipfel den solidarisch-emanzipatorischen Pol der Gesellschaft sichtbar machen. Dem zynischen „Weiter so“ der G20 wollen wir unsere Entwürfe für eine sozial gerechte, friedliche und ökologisch zukunftsfähige Welt entgegenstellen. Dazu bereitet Attac mit vielen Initiativen und Organisationen in der G20-Plattform für Hamburg einen Dreiklang von Gegengipfel, Aktionen zivilen Ungehorsams und einer Großdemonstration am 8. Juli vor. Und auch zum Finanzministertreffen in Baden-Baden wird es Aktionen geben.

Denn: Eine andere Welt ist möglich!

Finanzmärkte & Steuern

Auch 10 Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise verhindern Standortegoismus und Finanzlobby eine entschiedene Regulierung der Märkte. 'Systemrelevante' Großbanken verfügen trotz Reformen ('Basel III') weiterhin über zu wenig Eigenkapital. Im Extremfall droht ihre erneute Rettung mit Steuergeld.

Dabei ist der finanzielle Spielraum von Staaten aufgrund von Steuerbetrug und -vermeidung eng. Ohne Steuern ist kein Staat zu machen. Wo Großunternehmen

und Vermögende ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens verweigern, zahlen Normalverdiener mehr und werden Leistungen gekürzt. Dem Versprechen, den ruinösen Steuersenkungs-Wettlauf zu beenden und Steueroasen trocken-zulegen ('Panama Papers'), müssen Taten folgen!

Wir stehen für

- die weltweit gerechtere Verteilung von Vermögen, auch um den Finanzmärkten Geld zu entziehen
- eine stärkere internationale Kooperation unter Kontrolle der UN, um Finanzmarktregulierung und Mindeststeuersätze durchzusetzen
- die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung und das Verbot von Geschäften mit intransparenten Steueroasen.

Freihandel

steht für die rückwärtsgewandte Handels- und Investitionspolitik der G20, die transnationalen Konzernen bestmöglichen Marktzugang verschaffen will. Dafür sollen Zölle und demokratisch beschlossene Regelungen zum Schutz von Mensch und Umwelt abgebaut werden. Zerstörung von Infrastruktur und Verlust von Lebensgrundlagen von Millionen Menschen sind die Folge. Freihandel ist eng verbunden mit der herrschenden Wachstumsideologie der G20. Freihandel ist ein Klimakiller und Naturzerstörer, auch weil durch ihn immer mehr Waren über den Erdball gejagt werden.

Wir stehen für eine global gerechte Handels- und Investitionspolitik,

- die dem Gemeinwohl dient und die Umwelt bewahrt
- die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung respektiert
- die eine eigene, selbstbestimmte Entwicklung ermöglicht
- die das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität achtet und bäuerliche Landwirtschaft fördert

Schluss mit Freihandelsabkommen im Interesse weltweiter Konzerne!

Krieg & Frieden

Ökonomisches Profitstreben und Machtinteressen führen weltweit zu Kriegen, bei denen Millionen Menschen getötet und in die Flucht getrieben werden. Oft werden irreführende Darstellungen verwendet, Feindbilder erzeugt und für die Überwachung und Einschränkung von Freiheitsrechten instrumentalisiert. Auch NATO, EU und Deutschland setzen verstärkt auf militärische Interessendurchsetzung.

Die G20 bezeichnen Terrorismus als "ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens" – jedoch ausschließlich den nicht-staatlichen. Terror durch Kriege, Geheimdienste und ungerechtfertigte Polizeigewalt wird nicht erwähnt. Doch der Weltfrieden wird hauptsächlich genau dadurch gestört. Eine weitere Bedrohung sind die jährlichen Militärausgaben von 1,5 Billionen Euro, wovon 80 % auf das Konto der G20 gehen.

Wir stehen für Friedenspolitik,

- wir sagen Nein zu Krieg, Militarisierung, Militärinterventionen, Rüstungsexport,

Armut und Sozialabbau

- wir setzen uns ein für die Abschaffung der Atomwaffen, gewaltfreie Konfliktbearbeitung sowie insbesondere für die Einhaltung der Menschenrechte, des Völkerrechts und die Stärkung der Verhandlungswege der UNO.

Migration

Weltweit sind ca. 65 Millionen Menschen auf der Flucht wegen Krieg, Konflikten, Verfolgung, Armut, Umweltzerstörung und Perspektivlosigkeit. Allein innerhalb des afrikanischen Kontinents gibt es mehr als 15 Millionen Geflüchtete, Vertriebene und Migrant_innen.

Die Fluchtursachen liegen maßgeblich in der Politik des Globalen Nordens begründet. So fischen vor der senegalesischen Küste die riesigen Trawler der EU-Flotte und zerstören dadurch die Lebensgrundlage vieler Fischer_innen; lokale Märkte werden mit subventionierten Erzeugnissen aus der EU-Landwirtschaft überschwemmt; Landraub durch ausländische Firmen spitzt die Situation im Senegal noch weiter zu.

Wir stehen für die Bekämpfung der Fluchtursachen

- durch eine gerechte internationale Handels-, Fischerei- und Agrarpolitik
- durch die Beendigung von Kriegen und durch weltweite Abrüstung
- durch Stärkung regionaler Märkte, kleinbäuerlicher Landwirtschaft und lokaler Industrie
- durch die radikale Umsetzung von Klimaschutz

Wir stehen dafür, Geflüchtete willkommen zu heißen. Weg mit der Festung Europa!

Aktiv werden!

Weitere Informationen einholen

Aktuelle Infos unter: <http://www.attac.de/kampagnen/g20-in-hamburg/startseite/>

Vorträge organisieren

Mit Referent_innen unterstützen wir Veranstaltungen vor Ort. Anfragen unter: veranstaltungen@attac.de

Mitmachen!

Auf zum Alternativgipfel (5./6. Juli)

zum Aktionstag (7. Juli)

zur Großdemonstration (8. Juli)